

Betreff: Bitte um Zusammenarbeit im Kampf gegen das Gutscheinsystem in Oberhavel

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir treten an Sie heran, um Sie um Unterstützung für unsere derzeit laufende Kampagne „Nein zu Gutscheinen in Oberhavel“ zu bitten.

Sie spielen eine entscheidende Rolle auf dem Markt für Waren des alltäglichen Bedarfs. Durch ihre Partnerschaft mit dem für die Gutscheine verantwortlichen Unternehmen SODEXO tragen Sie Verantwortung für das Gutscheinsystem in Oberhavel, vielleicht ohne sich der negativen Auswirkungen dieses Systems bewusst zu sein. Wir bitten Sie aktiv an unserer Kampagne Anteil zu nehmen, indem Sie Ihre Kooperation mit SODEXO beenden. Damit würden Sie daran mitwirken, eine weniger diskriminierende und weniger rassistische Gesellschaft zu schaffen.

Die Gutscheine sind ein Ausdruck von Diskriminierung und Rassismus, ein Beitrag zur Fragmentierung der Gesellschaft. Zu Ihrer Information: Das Thema Gutscheine war schon Gegenstand von zahlreichen Klagen, Auseinandersetzungen und Demonstrationen. Es hat bei vielen Asylbewerber_innen schwerwiegende psychische Beeinträchtigungen ausgelöst. Die Asylbewerber_innen, denen der Landkreis Oberhavel zugewiesen wurde, erhalten einen bedeutenden Teil ihrer Leistungen in Form von Gutscheinen. Diesen Beitrag müssen sie innerhalb eines Monats ausgeben und sind dabei auf eine bestimmte Anzahl an Supermärkten (darunter auch der Ihre) beschränkt. Darüber hinaus haben Asylbewerber_innen nicht das Recht, sich mit den Gutscheinen Zugtickets, Bustickets, Theaterkarten oder Kinokarten zu kaufen. Sie haben weder das Recht, damit Bücher oder Wörterbücher zum Erlernen der deutschen Sprache zu erwerben, noch können sie sich eine Bibliothekskarte holen. Die Gutscheine schränken die Möglichkeiten von Asylbewerber_innen stark ein und halten sie in einem Zustand von Menschen zweiter Klasse.

Der Großteil der Landkreise von Berlin-Brandenburg hat bereits vor langer Zeit die Gutscheine abgeschafft. Nur Oberhavel hält trotz diverser Kämpfe und zwei Kreistagsentscheidungen für eine Bargeldauszahlung an den Gutscheine fest. Zudem hat der Bundesrat am 19. September 2014 entschieden, dass „ein Vorrang für Geldleistungen gelten“ soll (Protokollerklärung des Bundesrat 19.09.2014). Ihr Einsatz für unsere Kampagne ist wichtig. Wir sind überzeugt, dass eine Beendigung der Zusammenarbeit mit SODEXO einen Schlussstrich unter dieses diskriminierende Gutscheinsystem setzen kann. Dadurch würden sie nicht nur dazu beitragen, eine gesellschaftliche Fehlentwicklung zu korrigieren, sondern Sie würden Geflüchteten auch die Freiheit wieder zugestehen wählen zu dürfen. Sie würden ihnen das Recht geben zu entscheiden, wann und wie viel sie von ihren Sozialleistungen ausgeben möchten.

Zu guter Letzt bitten wir Sie inständig, ihre zentrale Rolle im der Praxis des Gutscheinsystems zu nutzen, um zu mehr Menschlichkeit beizutragen. Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind alle Menschen an Rechten und Pflichten gleich geboren. Daher ist der Kampf gegen das Gutscheinsystem in Hennigsdorf legitim. Ihre Beteiligung an dieser Kampagne schädigt deshalb Ihren Ruf und Einfluss nicht. Ganz im Gegenteil: Ihr Engagement würde diese sogar noch erhöhen.

Wir zählen auf Ihr Verständnis und verbleiben in der Erwartung einer positiven Reaktion auf unser Anliegen mit freundlichen Grüßen.

Corasol und Asylbewerber_innen von Hennigsdorf